

Minigenpreis: Die siebengesetzte
Nonpareil (Zeile 40 Pf., Ausland 50 Pf.).
Die viergesetzte Polonaise-Petizelle 2 M.
Für Plakatdruck 10 Pf.

Lodzer

Freie Presse

Nr. 15

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Leibnitzer Straße Nr. 86 (Hans Peterfilz).

2. Jahrgang

Keine Umbildung
des Kabinetts?

Es müssen hinter die Überschriften der Nachrichten, die nun schon seit einigen Tagen über das Kabinett Moraczewski und seine von bewährter Seite angekündigte Umbildung erscheinen, immer wieder Fragezeichen gestellt werden, da die innerpolitische Lage noch keineswegs geklärt ist. Gestern hieß es, daß Piłsudski selbst für die Umbildung des Kabinetts sei, heute meldet man aus Warschau, daß dieser Plan möglicherweise fallen gelassen werden solle.

Polnische Blätter melden nämlich, daß Ministerpräsident Moraczewski erkrankt sei. Bereits auf der Sitzung des Ministerrats am Montag fühlte er sich unwohl, so daß er sich nach Hause begeben mußte. Die Gerüchte, daß es sich hier um eine „diplomatica Krankheit“ handele, sollen unbegründet sein, da die Frage der Umbildung des Kabinetts wieder in den Hintergrund gerückt ist und vielleicht vollkommen fallen gelassen werden wird.

Das Klingt um so wahrscheinlicher, als die politischen Kreise aller Teilstaaten, mit denen die entscheidenden Faktoren am meisten rechnen, neuerdings wieder unzweckmäßig besorgt haben, daß sie keinerlei Veränderungen in Kabinett vor Zusammentritt des Landtags wünschen. Dies erklärt den Chef des Staates Delegierte aus Posen und auch der Abgeordnete Hipolit Sliwinski, der in Warschau eingetroffen ist.

Die posener Arbeiterschaft bei Piłsudski.

Warschau, 14. Januar. (P. A. T.)
Zum Chef des Staates Piłsudski kam eine Abordnung des arbeitenden Volkes aus der Provinz Posen, um ihm zu gratulieren und zu erfahren, ob die von dem Volksrat in Posen verbreitete Nachricht wahr sei, daß Warschau nicht die Absicht habe, Posen mit dem übrigen Polen zu vereinen und der Chef des Staates sowie die Regierung nicht willens seien, sich mit der Koalition zu versöhnen. Die Abordnung erklärte, daß sie den Volksrat in Posen nicht anerkenne und seine Politik nicht billige, da er eine usurpatrice Institution sei. Die Delegation beklagte sich ferner darüber, daß die von Deutschland abgetrennten 85 Kreise noch nicht Polen einverlebt wären, weshalb ihnen die Gefahr drohe, von Deutschland zurückerober zu werden, das eine militärische Expedition gegen Posen vorbereite. Die Abordnung bat um militärische Hilfe und äußerte gleichzeitig die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, der Warschauer Regierung Geld leihweise zur Verfügung zu stellen. Diesem standen jedoch die konservativen Kreise im Wege, in deren Händen die Leitung der Banken liege.

Der Chef des Staates dankte der Abordnung für die Huldigung und erklärte, daß Warschau gleichfalls den Wunsch habe, sich mit Posen und Gnesen zu vereinen. Die Vereinigung verhindere jedoch die Tatsache, daß die Provinz Posen kein so selbständiges Gebiet ist wie das Königreich oder Galizien; Posen steht immer noch unter deutscher Oberhoheit. „Diese Lage der Dinge ist durch die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und den Verbündeten geschaffen. Danach entscheidet über das Schicksal Polens der Friedenskongress. Diese Bestimmung feststellt Warschau. Der Chef des Staates kann den Verbündeten die Notwendigkeit der Annahme jener Bestimmung des Waffenstillstandes vertragen. Hierbei wird die Warschauer Regierung sich auf den Willen des Volkes beziehen, der auf zahlreichen Versammlungen geäußert wurde, und auf die Tatsache beruft auf eigene Initiative unternommenen Entfernung der Deutschen. Was die Beziehungen zwischen Warschau und der Koalition anbelangt, so sind solche verhandelt. Das beweist am besten die Ankunft einer Entente-Mission in Warschau und die Anwesenheit einer polnischen Gesandtschaft in Paris. Die Beziehungen zur Entente sind die denkbar besten und gestalten sich von Tag zu Tag inniger.“

Die Abordnung verabschiedete sich von dem Kommandanten mit der Versicherung: „Herr Kommandant! Das polnische Volk stellt sich im vollen Vertrauen unter Deinen Befehl. Wir stehen zu Deiner Verfügung!“

Die Frage des Obersten Rates

des polnischen Volkes hat wenig Aussicht auf rasche Verwirklichung. Die vorgestrige Sitzung der Warschauer Delegierten für den Rat im Hotel „Bristol“ dauerte nur kurze Zeit. Die weiteren Beratungen wurden bis zur Ankunft des Abg. Sęnya aus Krakau vertagt, die, wie wir erfahren, heute erfolgt ist.

Zurückziehung der Truppen aus Zips und Orau.

Kus Nowy Targ wird dem Krakauer „Kurier Ilustrowany“ gemeldet:

Auf Befehl der Zentralbehörden erhielten die polnischen Abteilungen, die die Grenzlinie in Zips und Orau schützen, den Befehl nach Südgaliizien zurückzugehen. Diese Nachricht rief hier große Bewegung hervor.

Die Gegensätze zwischen Clemenceau und Wilson.

Französischer Kabinettskrisis.

Wir berichteten gestern nach der Polnischen Telegraphenagentur, daß zwischen Wilson und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau eine Entfremdung eingetreten sei. Die spärlichen Nachrichten, die uns hierüber vorlagen, gestalteten es nicht, Vermutungen hierüber anzustellen. Die P. A. T. bringt nun einen längeren Bericht über eine französische Kammersitzung, der nähere Aufklärungen über die Ursache der Entfremdung enthält. Danach scheint in der Frage der Freiheit der Meere zwischen Clemenceau und Lloyd Georges volle Übereinstimmung zu herrschen, während Wilson, getreu seinem Friedensprogramm einen anderen Standpunkt vertreibt.

Die Meldung der P. A. T. lautet: In Warschau eingetroffene französische Blätter bringen ausführliche Berichte über die Kammersitzung, in der die Debatte über die Bewilligung eines Budgetprovisoriums für das erste Quartal 1919 stattfand. Zwischen den Vertretern der Regierung und der Rechten einerseits und den Sozialisten andererseits kam es zu einem ziemlich scharfen Einigungsaustausch. Auch Clemenceau wurde angegriffen, der in einer längeren Rede seine bisherige Politik verteidigte, sich an das Haus mit der Aufforderung wandte, ihn wie bisher zu unterstützen, und seinen Standpunkt in der

Frage der Friedensbedingungen darlegte.

„Als die ganze Welt das Ende der vernichteten Dörfer sah, sagte sie sich, man dürfe es nicht zulassen, daß sich dies irgendwann wiederhole. Ich bleibe dem alten System der Länder treu, die die Verteidigung organisieren, dabei gut gesicherte und militärisch besetzte Grenzen haben. Ich hatte nicht die Absicht zu sprechen, denn ich nahm an, daß ich Ihr Vertrauen besitze. Es wird gesagt, daß ich nicht ein Freund des Friedens sei. Ich weiß nicht, wer auf Grund seiner Vergangenheit zur Übernahme dieser Rolle geeignet wäre. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man mich zwingt, irgend etwas zu tun. In einigen Fragen hat die Regierung das Recht, ohne Parlament zu entscheiden. Nach diesen Ausführungen

bin ich bereit zurückzutreten, wenn sie sich entschlossen haben, die Regierung in andere Hände zu legen.

Des weiteren erklärte Clemenceau, daß Wilson ihn mehrmals besucht habe. Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, daß ich mit ihm in allen Punkten einverstanden bin. Wilson sagte mir: „Ich werde versuchen, Sie zu überzeugen, es kann aber auch sein, daß Sie mich überzeugen werden.“ Ich sprach bereits

über die Freiheit der Meere und wiederholte das Gespräch, das ich über diesen Gegenstand mit Lloyd George hatte. Der englische Premier fragte mich, ob Frankreich es erkennt, daß wir ohne die Beteiligung der englischen Flotte den Krieg nicht gewonnen hätten. Ja, erwiderte ich. Nun fügte Lloyd George hinzu: „Haben Sie angesichts dessen Lust, irgend etwas zu tun, was uns diese Hilfe in Zukunft für den Fall eines neuen Krieges erschweren würde?“ Ich antwortete: Nein. Auf Grund dieses Gesprächs gab ich Wilson zu verstehen, daß ich mich unseren englischen Freunden gegenüber niemals un dankbar zeigen werde. Wilson antwortete: „Ich bin vollkommen mit dem einverstanden, was Sie Lloyd George geantwortet haben.“

Clemenceau schloß, indem er sich an die Sozialisten wandte: „Sie wollen neue Elemente in das Nationalgebäude hineinführen, ich will dies auch. Wir sind eine kleine Gruppe guter Franzosen, guter Patrioten und anständiger Menschen.“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von heftigen Zwischenrufen der Linken unterbrochen. Andererseits sprach die Rechte nicht mit Ausdrücken der Anerkennung und der Sympathie für ihn. Nach beendetener Rede fanden Beratungen statt, wobei die Linken ihren obstruktionistischen Standpunkt fundgab.

Zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Aus Wien wird dem Krakauer „Kurier Ilustrowany“ gemeldet: Am 17. d. M. (also morgen) läuft der Termin des Waffenstillstandes zwischen der Koalition und Deutschland ab. Von Seiten der Deutschen werden augenblicklich Schritte unternommen, um den Waffenstillstand zu verlängern. Wie Pariser Blätter melden, hat die Koalition unter den alten Bedingungen abgelehnt und wird neue Bedingungen stellen. Unter anderem werden allgemeine Maßregeln gegen den deutschen Bolschewismus und seinen Beziehungen zu Moskau festgelegt werden. Im Verein damit wird die Koalition die Räumung des ganzen polnischen Gebietes durch die deutschen Truppen verlangen, so daß Russland mit den Deutschen nicht mehr in Verbindung stehen wird. Aus diesem Grunde wird in Polen, so schreiben Schweizer Blätter — die amerikanische Armee einmarschieren, was als Entsendung des polnischen Militärs unter der Führung Hallers angesehen werden kann.

Paris, 15. Januar. (P. A. T.)
Der Oberste Kriegsrat traf gestern nachmittag unter der Beteiligung der Ministerpräsidenten, der Minister des Auswärtigen und Marschall Fochs im Palais des Ministeriums des Auswärtigen zusammen, um die Beratungen über die Bedingungen der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland fortzuführen. Der Kriegsrat nahm eine Klaue an, die in eine Reihe von Finanz-, See- und Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands eindringt, außerdem sah er Bechlüsse in der Frage der Verpflegung Europas und des Wiederaufbaues des nordöstlichen Frankreichs und Belgiens. Hierauf traten die Ministerpräsidenten und die Minister des Auswärtigen zu Beratungen in der Frage der Friedenskonferenz zusammen. Die erste Sitzung der Konferenz wurde auf den 18. Januar, nachmittags, festgesetzt; sie wird im Palais des Ministeriums des Auswärtigen stattfinden.

20 000 Friedenskongressteilnehmer.

Aus Paris wird der Krakauer „Nowa Reforma“ eine Londoner Meldung des „Temps“ übermittelt, wonach auf der Friedenskonferenz zunächst das Programm der Verhandlungen und dann die Beteiligung der Vertreter der einzelnen Staaten festgesetzt werden wird. Polen und Tschechen werden als Verbündete zu den Verhandlungen zugelassen, jedoch nur in Fragen, die sie unmittelbar angehen. Außer den Delegierten können auch technische Beiräte der Konferenz beiwohnen. „Clair“ schreibt, daß sich die Delegationen der kleineren Staaten aus 100 Personen zusammen-

sezten werden, die der Großmächte aus bedeutend mehr Personen. Rechnet man noch die Vertreter der Presse aus der ganzen Welt hinzu, so dürfte die Zahl der Konferenzteilnehmer etwa 20 000 betragen.

Eine Meldung der P. A. T. aus Paris besagt: Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und der Minister des Auswärtigen der Entente wurde die Anzahl der Delegierten für die Friedenskonferenz festgesetzt. Frankreich, England, Amerika, Japan und Italien entsenden je 5, Serbien, Belgien, Griechenland, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und China je 2, Portugal und die Staaten, die die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatten, je 1 Delegierten. Über Jugoslawien und Russland ist noch keine Entscheidung gefallen. Jeder Staat wird das Recht auf eine Stimme haben. Es wurde im Antrag Wilsons angenommen, die verschiedenen Fragen auf der Konferenz Kommissionen zu überweisen.

Irlands Loslösung

von England.

Basel, 15. Januar. (P. A. T.)
Die englischen Blätter veröffentlichen das folgende Telegramm aus Washington: Alle Diplomaten, Senatoren und Abgeordneten erhielten die folgende von Mac Cartona, als dem provisorischen Gesandten der irlandischen Regierung, unterzeichnete Note:

Ich habe die Ehre mitzuteilen, daß Irland in Ausübung seines natürlichen Rechtes der Selbstbestimmung als souveränes Volk auf der Versammlung seiner Vertreter am 28. Dezember vorangegangenen Jahres mit einer Stimmenmehrheit von über zwei Dritteln beschlossen hat, alle politischen Beziehungen zu Großbritannien abzubrechen. Die irändische Regierung erkennt also den englischen König nicht als irändischen König an. Das vereinigte Königreich Großbritannien und Irland hat damit zu bestehen aufgehört. Die irändische Republik verzögert jeder Regierung das Recht, in diesem Augenblick in irändischen Fragen mit der englischen Regierung beziehungsweise dem englischen König zu verhandeln.

Polen und Deutschland.

Bromberger Blätter melden nach er P. A. T.: Hindenburg wird in den allernächsten Tagen den Befehl über alle Truppen übernehmen, die zur Verteidigung der Ostgrenzen einberufen worden sind.

Der Pariser „Matin“ meint, daß die Entente die polnische Armee mit Munition und Lebensmitteln versorgen werde.

Eine Privatmeldung des „A. W.“ aus Posen aufzeigt, daß die polnischen Truppen nach siegreichem Kampf Znin zurückeroberen. Viel Kriegsmaterial fiel dabei in die Hände der Polen, desgleichen wurden zahlreiche Gefangene gemacht. Bald darauf ging Bentschen unter dem Druck der deutschen Kräfte verloren.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus Lissa, daß die Polen 6 Kilometer von dieser Stadt entfernt sind. Wie man hört, fahren sie auch Artillerie auf. In den letzten Wochen haben mehr oder weniger 40 000 Deutsche die Provinz Posen verlassen und sind nach Berlin und Oberösterreich geflüchtet.

Aus Oppeln wird gemeldet, daß in Oberschlesien am 16. Januar der Generalsstreich proklamiert werden wird. Die deutsche Rierung hat einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, der folgenden Aufruf über die polnische Frage enthält: Die nationale Selbstbestimmung im Osten kann nur durch die Friedenskonferenz entschieden werden. Deutschland

2
müsste einen Schutz gegen die polnischen Erbbergschaften haben. Die Grenzen sind auch gegen den russischen Militärdespontismus zu schützen, der einen neuen Weltkrieg zu entfesseln droht, welcher auf deutschem Boden geführt werden würde.

Entführung des Prinzen Wilhelm?

Wien, 14. Januar.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Londoner Blätter melden, daß monarchisch gesinnte preußische Offiziere den 18-jährigen Sohn des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm entführt haben und ihn verschlekt halten. Alle Nachforschungen der Berliner Regierung, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln, blieben erfolglos. Der 18-jährige Prinz bildet den Mittelpunkt der Agitation der preußischen Unten. Da er der preußischen Krone nicht entagt hat und dies in seinem Namen niemand tun kann, ist er der einzige rechtmäßige Anwärter auf den preußischen Thron. Die Agitation, welche augenblicklich von den Unten geführt wird, geht dahin, zur gegebenen Zeit alle monarchisch gesinnten Preußen um den jungen Prinzen zu versammeln. (Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder. — Die Schrift!)

Liebknechts Familie verhaftet.

Berlin, 15. Januar. (P. A. T.)

In der letzten Nacht wurde Liebknechts Familie verhaftet. Liebknecht selbst gelang es, nach den leichten Nachrichten, zu fliehen.

Bayerische Wahlergebnisse.

München, 15. Januar. (P. A. T.)

Nach den bisherigen Wahlergebnissen eroberte sich bei den Wahlen in den Landtag die bayerische Volkspartei die größte Zahl der Mandate und zwar 58, während die Sozialdemokraten nur 51 Mandate erhielten.

Desorganisation in der Westukraine.

Kralau, 15. Januar. (P. A. T.)

Auf Grund von Nachrichten aus Ostgalizien meldet der „Gaz“: daß unter den Ukrainern die Desorganisation machen. Die Soldaten wollen nicht kämpfen. Massen desertionen sind an der Tagesordnung. Die Lücken in ihren Reihen versuchen die Ukrainer durch Zwangsrekrutierung aufzufüllen; da aber die ruthenischen Bauern oft Widerstand leisten, nehmen die Gendarmen sie mit Gewalt mit oder morden die Widerständigen und brennen ihre Häuser nieder. Auf weitere Verstärkungen aus der russischen Ukraine können sie nicht mehr rechnen. Das ukrainische Direktorium sandte zwei seiner Generale dahin, die jedoch, nachdem sie Einblick in die Verhältnisse getan hatten, abgefahren sind, ohne überhaupt irgend welche Versprechungen zu geben. Im allgemeinen lockern sich die Beziehungen, die zwischen der Westukraine und der ukrainischen Volksrepublik angeknüpft waren. Die Ukrainer haben eigentlich keine eigenen Offiziere. Ihre Truppen werden von deutsch-österreichischen und ungarischen Offizieren geleitet, die gegen einen Sold von ungeheurer Höhe engagiert wurden. Den Ukrainern beginnt es an Geld zu fehlen. Ihre Führer greifen zu verzweifelten Mitteln, um ihre Kosten zu füllen, und beschlagnahmen rücksichtslos. Diese Beschlagnahmungen haben die Form eines gewöhnlichen Raubes. In je schwierigeren Bedingungen die Ukrainer geraten, umso stärker terrorisieren sie die polnische Bevölkerung. In Stanislau allein befinden sich gegen 10 000 polnische Geiseln, die von den Ukrainern dorthin gebracht wurden. Ein kleiner Teil fand bei polnischen Einwohnern von Stanislau Unterkunft, der größere Teil wurde in

Baracken unterbracht, die vor der Stadt errichtet wurden. In diesen leben sie unter den schrecklichsten Bedingungen. Die Sterblichkeit unter den Internierten ist furchtbar. Der aus Russland eingeführte Bolschewismus beginnt sich immer gefährlicher auszubreiten. Hauptstadt des Bolschewismus ist Buczacz. Der ganz Kreis Buczacz ist schon vom Bolschewismus durchdrungen.

Russisch-ukrainischer Konflikt.

Es wird hierher gemeldet: In der Antwort auf die Note des russischen Volkskommisars für auswärtige Angelegenheiten vom 1. Januar entstand das Direktorium der ukrainischen Volksrepublik an den Sowjet der Volkskommisare am 9. Januar eine Note, in welcher es darauf hinweist, daß im Charkower Gebiet reguläre Truppen der russischen Republik operieren. Diese Truppen bestehen aus Chinesen, Letten, Ungarn und teilweise auch Russen. Neben das Territorium der ukrainischen Republik sich fortbewegend, verwohnen diese Truppen die Dörfer, rauben der gesamten Bevölkerung ihr Eigentum und senden es nach Russland, erschließen ohne Gericht die Landleute, Arbeiter und Angehörige der Intelligenz. Deshalb frage das Direktorium zum letzten Male bei der russischen Republik an, was diese Offensive und solches Auftreten auf ukrainischem Gebiet zu bedeuten habe, und fügt hinzu, daß die russische Regierung, als sie Friedensverhandlungen unter der Bedingung anbot, daß sich die innere Politik der Ukraine ändere, sich in die innere Verhältnisse der Ukraine einzumischen befreit war.

Das Direktorium erklärt, daß es dies nicht gestatten könne und daß die Macht in der Ukraine dem arbeitenden Volke, das die Grundlage des ganzen ökonomischen und nationalen Lebens bilden, gehört und gehören wird. Ein Kongress dieser Volksklassen werde die endgültige Form der Macht bestimmen. Die Bildung eines Sowjets, und gar eines bolschewistischen, würde die ganze ukrainische arbeitende Landesbevölkerung und das ganze intelligente Volksproletariat unter die Diktatur des Fabrik-Proletariats stellen, also eines angewanderten Elementes. Die in der Hand des arbeitenden Volkes verbleibende Macht werde den imperialistischen Zielen der russischen Sowjet-Regierung einen Damm setzen. Da aber das Direktorium mit seinen Nachbarn in Frieden leben und kein Blut vergießen wolle, so propolierte es der russischen Regierung, innerhalb 48 Stunden eine Antwort auf nachstehende Fragen zu geben:

1. Ist die Regierung der russischen Republik bereit, die militärischen Operationen gegen die ukrainische Republik und ihr arbeitendes Volk sofort einzustellen?
2. Wenn sie dazu bereit ist, ob sie sofort ihre Truppen vom ukrainischen Gebiet zurückziehen wollen?

Das Direktorium erklärt, daß es bereit sei, nach Zurückziehung der russischen Truppen Friedensverträge und Handelsverträge abzuschließen, eine ausreichende Antwort, oder ein Schweigen werde vom Direktorium als Kriegserklärung aufgefaßt werden, welche die Ukraine mit allen Konsequenzen annehmen werde.

Serbiens Drang zum Meere.

Das Wiener Korrespondenzbüro meldet: Die Serben wollen, falls die Friedenskonferenz ihre Ansprüche auf einen Teil der adriatischen Küste mit Valona als Hinterland nicht anerkennen sollte, Anspruch auf einen der Häfen des Megäischen Meeres erheben. Falls ihnen Valona nicht überlassen wird, das sie seiner strategischen Lage wegen am liebsten hätten, so wollen sie einen anderen Zutritt zum Meere verlangen. Sie wären auch mit Saloniki zufrieden, und

Die Glut seines von Leidenschaft bedrängten Herzens war erloschen unter der eisigen Flut vernichtender Erkenntnisse — nur steinerne Starrheit konnte zurückbleiben.

Und ein so verachtetes Herz konnte vorerst kein Gerechtigkeitsgefühl, keine verstandene Nachsicht aufbringen.

Es begriff nicht das Ungewollte in dem Bösen, das Evas unberechenbares Temperament ihr selbst zur Quäl anrichtete —

Er sah nicht das Schuldlose in ihrer Schulde.

Er hatte sie geliebt mit jeder leichten Füher seines Herzens, mit flammender Glut, mit ditternder Angst.

Sie war sein Abgott, seines Lebens Leben, seiner Seele Hoffnung gewesen —

Und das als Braut eines anderen!

Besudelt alles! Nicht tief genug in den Staub zu treten jede Erinnerung!

Verzüglich der Himmel, der sich in Götterstolz über ihm gewölbt — Und weitab lag seinem Willen, ihn jemals wieder aufzurichten zu sehen —

Er schleppete sich mit wankenden Knie zum Schreibtisch.

Die Auszüge zog er auf, kramte in Papieren, überzähle seine Kasse. Einige Goldstücke legte er zurück, sie sollten an die Adresse seiner Mutter gehen —

Morgen wollte er fort — mit oder ohne Urlaub — nur fort aus derselben Lust mit ihr.

Gedankenlos, ohne etwas deutlich zu lesen, wußte er in Briefen — Da ein Bild von ihr... Eine Aufnahme in ihrem Zimmer... im Seidenkimono — über die Gitarre gebeugt.

Die Wimpern der tiefgesenkten Lider berührten die Wangen, die Lippen waren halb-geöffnet.

falls Griechenland auf diesen Hafen seine Rechte geltend machen sollte, würden sie auch einen benachbarten Hafen annehmen.

Tschechien und Jugoslawien.

Warschau, 14. Januar. (P. A. T.)

Aus Lugano meldet man: Der „Corriere della Sera“ vom 11. Januar bringt ein Interview seines Prager Korrespondenten mit Doktor Kramarz in der Angelegenheit Jugoslawiens. Doktor Kramarz betonte unter anderem die Unlust der Deutsch-Österreicher, es einzehen zu wollen, daß sie geschlagen worden sind. Die Deutschen verlangen heute Brünn und Iglau, da sie, ungeachtet dessen, daß sie auf tschechischem Gebiet liegen, eine deutsche Bevölkerung besitzen. Die nordböhmischen Provinzen, die ebenfalls von Deutschen bewohnt werden, sind tschechisches Land, nachdem die Deutschen nach der Schlacht am Weißen Berg im Jahre 1620 ausgewandert sind. Die deutsche Bevölkerung ist somit zu gewandert.

Hier unterbrach der italienische Korrespondent Dr. Kramarz, indem er sagte, daß Dr. Kramarz sich nicht einmal vorstellen könne, wie wichtig seine Erklärung für Italien sei. Denn die Lage, von der er sprach, ist äußerst ähnlich derjenigen Venetiens, des Küstenlandes und Istriens, wo die slavische Bevölkerung zugestromt ist und der italienischen Bevölkerung entgegentritt, jedoch mit ebenso wenig Erfolg, wie die Deutschen den Tschechen gegenüber.

*

Prag, 15. Januar. (P. A. T.)

Dr. Kramarz verlas in der letzten Sitzung des „Narodny Wybor“ ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß die französische Regierung die Angelegenheit der deutschen Gebiete in Tschechien bereits erledigt habe, indem sie deren Zugehörigkeit zum tschechisch-slowakischen Staat garantierte.

Triest, 15. Januar. (P. A. T.)

Das Laibacher Korrespondenzbüro meldet: Vertreter der Laibacher Regierung begaben sich zu einer Konferenz mit Vertretern des italienischen Kommandes nach Triest. Diese Konferenz wird die Frage des Warenaustausches behandeln. Zu politischen Verhandlungen sind die Delegierten nicht bevolkältigt. Die Italiener vertraten, den Südalpen-Petroleum usw. zu liefern.

Heimsendung von Truppen.

Prag, 14. Januar. (P. A. T.)

„Gesle Slovo“ teilt mit, daß die Heimsendung der tschechisch-slowakischen Truppen aus Italien nach Böhmen bereits begonnen hat. Der erste Transport ging am 14. Dezember ab und bestand aus 73 Zügen, d. h. 2900 Waggons, mit insgesamt 25 000 Mann und einer großen Menge Munition. Ferner wurden 5 Sanitätszüge mit Verwundeten und Kranken heimbefördert.

Deutsch-Österreichisch-tschechischer Grenzstreit.

Wien, 15. Januar. (P. A. T.)

Hiesige Blätter melden: Infolge eines Schreibens, das das französische Ministerium des Auswärtigen, am 20. Dezember v. J. an den Schweizer Gesandten in Paris wegen verschiedener deutscher Beschwerden über die Besetzung der an Tschechien grenzenden Gebiete, sowie der Steiermark und Kärenten sandte, erklärte Frankreich, daß die Grenzstreitigkeiten zwischen Deutsch-Österreich und der Tschechisch-Slowakei erst auf der Friedenskonferenz geregelt werden können. Die Koalition wird über diese Angelegenheit beschließen. Bis dahin müsse der

tschechisch-slowakische Staat nach der Meinung des französischen Staates bis zur Regelung der Angelegenheit durch die Friedenskonferenz die Grenzlinie der Provinzen Böhmen, Mähren und Schlesien als weiterbestehend ansehen. (Welche Grenze Schlesiens im vorstehenden Schreiben gemeint wird, ist nicht bekannt. — Ann. der P. A. T.). Was die Slowakei anbetrifft, so wird folgende Grenzlinie vorgeschlagen: die Donau, oder die jetzige westliche Grenze Ungarns bis zu Ebel, dann längs dem bis zur Stadt Kienahambad, weiter in gerader Linie von Westen nach Osten bis zum Ursprung der Ull und an ihrem Ufer bis zur galizischen Grenze. Es ist das die Linie, hinter welche der ungarische Staat seine Truppen auf Befehl des Generals Tranchette d'Esperay zurückziehen sollte und dies auch getan hat.

Lokales.

Łódź, den 16. Januar.

Zusammenstoß auf der Zgierzer Zufahrtsbahn.

Gestern früh ereignete sich auf der elektrischen Zufahrtsbahnlinie Łódź-Bogusz ein Zusammenstoß zweier Bahnzüge, wobei 18 Personen zu Schaden kamen. Die Einzelheiten des Unglücks sind folgende:

Um 6 Uhr 10 Minuten früh fuhr der erste Zug (Nr. 1) dieser Bahnlinie von Łódź in Richtung Bogusz ab. An der Anhöhe der Haltestelle „Lorenzówka“ angekommen, vermochte der Zug infolge des Gefrierens der oberen Leitungsdrähte und Ausschaltung des Automats nicht weiter zu fahren, sondern begann nach rückwärts zu Gleiten. Ihm folgte kurz darauf der aus Łódź kommende Zug Nr. 2, dessen Maschinenist infolge des Nebels den nach rückwärtsgleitenden Zug Nr. 1 nicht bemerken konnte. Als er ihn endlich wahrnahm, bremste er sofort, allein es war bereits zu spät und das Unglück unvermeidlich. Der mittlere Anhängewagen des Zuges Nr. 2 entgleiste infolge der plötzlichen Rückwärtsbewegung und fiel, vom letzten Anhängewagen gestoßen, von dem Bahndamm. Da die Böre an dieser Stelle sehr hoch ist, so zog dieser mittlere Anhängewagen auch den letzten Wagen mit sich; beide Wagen kamen nebeneinander zu liegen. Die Wagen wurden nur unrespektabel beschädigt.

Im Augenblick des Unfalls befanden sich in beiden Waggons mehrere Reisende, denen es zum Glück gelang, rechtzeitig abzuspringen. Die Anhängewagen des Zuges Nr. 1, die sich während des Zusammenstoßes zwischen den beiden Motorwagen befanden, wurden ziemlich stark beschädigt, doch entgleisten sie nicht. Von den in ihnen befindlichen Reisenden trugen 18 Verletzungen davon. Die Verletzungen sind zum Glück leichter Natur, hauptsächlich handelt es sich um Hautabschürfungen. Die Namen der Verletzten sind:

1) Ignaz Rosinski, 50 Jahre, aus dem Kreise Kolo, 2) Josef Wiczorek, 21 Jahre, ebenfalls aus dem Kreise Kolo, 3) Rubin Malz, 18 J., Łódź, Smugowazka, 4) Mendl-David Wiedowitsch, 22 J., Baluty, Smugowazka, 5) Mietek Majorek, 43 J., Łódź, Aleksandrowazka, 6) Andrzej Bojanowski, 38 Jahre, Łódź, Aleksander Chaussee 14, 7) Josef Andrzejewski, 30 J., Bojanowazka, 8) Öl Rosenberg, 16 J., Łódź, Jawadzka, 9) Adolf Bugler, 22 Jahre, Chojny, 10) Stefanie Kauz, 23 J., Kreis Czepcza, 11) Olga Menzel, 46 Jahre, Łódź, Zgierskastr. 107, 12) Leon Klimczak, 30 J., Łódź, Lukomierskastr. 111, 13) Leontine Olejnik, 16 J., Łódź, Pałage-Schulz 26, 14) Helena Kowalica, 22 Jahre, Łódź, Przemyskastr. 42, 15) David Gutwach, 34 Jahre, Łódź, Grodzkastr. 14, 16) Stanislaus Przywucki, 34 J., Łódź, Lewa-Kleinstraße 9, 17) Stanislaus Kochaniew, 22 J., Łódź, Boryszkastrasse 3, 18) Franciszek Kowalski.

mechanisch, aber mit fragloser Selbstverständlichkeit seine Pflicht tun.

Er fand einen Arbeiter in den besten Jahren. Seine Frau und deren Bruder hatten ihn hergeholt, weil er so wunderlich sei. Er habe sie alle prügeln und beschlagen wollen. Da habe der Doktor gelagt, er müsse hierher in die Klinik.

Ein schweres Stück Arbeit sei das gewesen.

Ja, das glaubte Markwald. Der Mann, offenbar Trinker, litt augenscheinlich an akuter Geistesgestörtheit. Es mochte nicht leicht gewesen sein, ihn herzuschaffen, obwohl er zur Stunde ruhig schien.

Seine bösen, lauernden und doch geheizten Blicke wanderten von einem zum andern, beobachteten, forschten. In den sichtbaren Zügen stand ein stumpfer Leidenszug, aber weder der, noch die Verwüstungen des Trunkes konnte eine gewisse Intelligenz völlig zerstören. Markwald stellte noch einige Fragen, die ihm überreicht von der Frau und dem jungen Menschen beantwortet wurden.

Ja, ja, der Mann habe getrunken. Ganz verbummelt wäre er. Den Lohn hätte er verlangt und dann Frau und Kinder geprügelt.

Die ganze Plakerei habe sie gehabt und dann noch Schimpf und Verger dazu.

Einmal habe er ihr die volle Suppenküchel an den Kopf werfen wollen, knappmang, daß sie noch ausweichen konnte.

Und einem Einlogierer, der in bischen Geld ins Haus brachte, sei er mit 'nem Messer zu Leibe gegangen — ein Wunder, daß sie noch ihr bischen Leben und heile Knochen hätten.

Sausen und Spottakel Tag und Nacht! Und kein Verdienst und nichts.“ Fortsetzung folgt.

